

- 5 FEB 1963

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/25

Bonn, den 5. Februar 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zellen</u>
1 - 2	<u>Foertsch und Dönitz</u> Wieder einmal die Begleitumstände Von Ulrich Lohmar, MdB	55
2	<u>"Koordinierte Informationen"</u> Aufgaben für die Rundfunkräte	21
3 - 4	<u>Wettlauf nach Moskau ?</u> Pariser Perspektiven: Von Gibraltar bis zum Ural Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	72
5	<u>Explosivstoff</u> Zur Veröffentlichung des Berichtes über die Spiegel-Aktion	42
6	<u>Nach bewährtem Muster</u> Auch Flensburg wählte einen Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister	33

Chefredakteur Günter Markscheffel

Foertsch und Dönitz

Wieder einmal die Begleitumstände
Von Ulrich Lohmar, MdB

Es war ein zufälliges, zeitliches Zusammentreffen: Der Generalinspekteur der Bundeswehr, Foertsch, glaubte den Soldaten ein vom Deutschen Fernsehen ausgestrahltes Fernsehspiel zu der Tragödie von Stalin-grad als "ein Kampfmittel der Gegner der Freiheit oder ihrer mißbrauchten Mitläufer" darstellen zu sollen, und der ehemalige Oberbefehlshaber der Kriegsmarine und letzte Kanzler des Dritten Reiches, Dönitz, hielt es für angemessen, einige seiner soldatisch verkürzten geschichtlichen Einsichten den Schülern eines Gymnasiums vorzutragen.

Wir sind weit davon entfernt, in solchen Fehlleistungen Anzeichen einer neuen rechtsextremistischen Bewegung oder eines politisch relevanten Nationalismus zu sehen. So ernst kann man diese Dinge nicht nehmen. Aber wir möchten sie doch vernehmlich als Fehlleistung kennzeichnen, zumal hier wie so manchmal die sogenannten Begleitumstände eher ins Gewicht fallen als die Sache selber.

So lehnte das Verteidigungsministerium die Veröffentlichung des Wortlauts der Stellungnahme von General Foertsch mit dem Hinweis ab, es handle sich um einen "internen Vorgang" der Bundeswehr. Der neue Verteidigungsminister von Hassel wird nicht erwarten, daß man seinem Ministerium eine solche Begründung durchgehen läßt. Der Generalinspekteur nimmt gegenüber den Soldaten zu einem öffentlichen Vorgang - nämlich zu dem Fernsehspiel von Claus Hubalek - Stellung, aber das Verteidigungsministerium weigert sich, die Äußerung zu eben diesem öffentlichen Vorgang zu publizieren. Dem liegt eine Auffassung zugrunde, die sich in der Bundesrepublik nicht wieder durchsetzen wird: die Bundeswehr als einen Staat im Staate zu betrachten, in den kein "Aussenstehender" Einblick nehmen dürfe, während zum Beispiel der Generalinspekteur seinerseits sehr wohl das Recht für sich beansprucht, sich um Vorgänge außerhalb der Bundeswehr zu kümmern und sie zu kommentieren.

Der Verteidigungsausschuss des Bundestages sollte dafür sorgen, daß dieser Vorgang geklärt und eine Wiederholung vermieden wird. General Foertsch, ein angesehener Mann, sollte die Bundeswehr und ihre Ehre seinerseits nicht in die Auseinandersetzung um Fragen hineinziehen, die Sache der Öffentlichkeit sind. Zu dieser Öffentlichkeit gehören natürlich auch die Angehörigen der Bundeswehr, aber als Staatsbürger und nicht als Soldaten.

Wir sind sicher, daß Herr Foertsch und andere Generale der Bundeswehr im Gegensatz zu Herrn Dönitz einige richtige Folgerungen aus der Politik und dem Zusammenbruch des Dritten Reiches gezogen haben. Es war gewiss mehr als problematisch, einen Offizier wie Dönitz als Kriegsverbrecher zu qualifizieren. Aber er weist sich durch seine Äußerungen leider selbst als ein Mann aus, dem es nicht gegeben ist, über ein vordergründiges und mechanisches Verständnis des Zusammenhangs von Befehl und Gehorsam hinauszudenken. In seinen politischen Urteilen ist Dönitz ein persönlich sicher aufrichtiger, aber sachlich gefährlicher Tor. Es sollte deshalb eigentlich nicht nötig sein, die von ihm vor ein paar

hundert Oberschülern entwickelten Thesen durch einen Historiker richtigstellen zu lassen. Wir wollen doch die Tatsachen festhalten, die jenseits aller Meinungsverschiedenheiten einfach unverrückbar bleiben: Dönitz und seinesgleichen haben eine politische Führung verantwortlich mitgetragen, der wir den zweiten Weltkrieg und eine totale militärische Niederlage, der wir letzten Endes die Teilung Deutschlands und die Anwesenheit der Sowjets in Mitteleuropa zuzuschreiben haben. Wir haben keine Lust, uns von Männern über die deutsche Geschichte belehren zu lassen, denen wir das bitterste Kapitel eben dieser Geschichte mitverdanken.

- + +

"Koordinierte Informationen"

Aufgaben für die Rundfunkräte

sp - Staatssekretär Günther von Hase befindet sich zur Zeit in Paris, wo er mit seinem Kollegen Peyrefitte, dem Informationsminister der französischen Regierung, Möglichkeiten einer Koordination des deutsch-französischen Informationswesens bespricht. Wie es heißt, gehört die Unterhaltung der beiden Herren zur Durchführung der zwischen Paris und Bonn vereinbarten bilateralen Politik.

So begrüßenswert jede Verbesserung der deutsch-französischen Beziehungen, auch auf dem Gebiet des Informationswesens, ist, so wichtig erscheint es uns jedoch, darauf hinzuweisen, daß Rundfunk und Fernsehen in Frankreich staatliche Institutionen sind, die unter unmittelbarer Aufsicht der Regierung arbeiten. Man kennt in Frankreich nicht das System der regionalen Rundfunkanstalten; ebenfalls nicht die in den deutschen Rundfunkgesetzen verankerte Selbstverantwortlichkeit für die Gestaltung der Programme und Informationen.

Wenn nun Herr von Hase mit seinem französischen Kollegen Peyrefitte das deutsch-französischen Informationswesen koordinieren will, dann wäre es sicher gut, sowohl die Intendanten wie auch die Rundfunkräte der deutschen Rundfunkanstalten in diese Koordinierungsbemühungen einzuschalten. Wir wünschen nämlich nicht, daß durch eine Koordination auf dem Wege über Paris das mißglückte Experiment des Adenauer-Fernsehens durch die Hintertür eingeführt wird.

+ + +

Wettlauf nach Moskau ?

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Politische Beobachter in der französischen Hauptstadt sprechen seit einigen Tagen von einem "Wettlauf" zwischen Kennedy und de Gaulle nach Moskau. Das heißt, eine globale Verständigung mit Chruschtschow in der neuen internationalen Lage. Gekennzeichnet ist diese neue Situation durch Krisen im Atlantikpakt und im Ostblock. Im Elysée verfolgt man mit gespannter Aufmerksamkeit die Entwicklung des Gegensatzes zwischen Moskau und Peking und interessiert sich sehr für die Folgen dieser Auseinandersetzung in Osteuropa. Man weiß, daß auch Kennedy und Chruschtschow seit der Kuba-Krise geheime Verhandlungen führen, die relativ weit gediehen sind. De Gaulle stemmte sich schon in den Zeiten des kalten Krieges und der atlantischen Solidarität gegen die amerikanische Strategie. Jetzt, da man in Paris glaubt, Washington und Moskau seien "zusammengerückt", sieht sich Frankreich immer weniger zur atlantischen Disziplin verpflichtet und entwickelt immer mehr selbständige aussenpolitische Manöver.

Dabei denkt man in Paris an die Schaffung einer atomfreien Zone in Europa, also an die Verwirklichung des Rapacki-Planes in dieser oder jener Form. De Gaulle will Kennedy im Kreml zuvorkommen. Gerüchte über die Möglichkeit eines baldigen Treffens mit Chruschtschow sind dabei nebensächlich; es geht um die Tendenz.

Langfristige Planung

Das gaullistische Streben nach einer direkten Regelung mit Moskau, weitgehend unabhängig von Washington und London, ist nicht neu. Der General begann seine Aussenpolitik schon nach dem zweiten Weltkriege mit der Bekräftigung der französisch-russischen Allianz. Georges Bidault war damals noch de Gaulles Aussenminister und die kommunistische Partei Mitglied der gaullistischen Regierung.

Der kalte Krieg zwischen Ost und West, die Verdrängung de Gaulles von der Führung der Vierten Republik und auch das Ausscheiden der Kommunisten aus der Regierungskoalition führten vorübergehend zu einer neuen französischen Aussenpolitik.

Nach de Gaulles Rückkehr zur Macht im Jahre 1958 verhinderte der Algerienkrieg noch eine Zeitlang selbständige aussenpolitische Initiativen. Mit der Beendigung des algerischen Dramas und mit der Festigung des gaullistischen Regimes begann der Präsident sofort seine eigentlichen aussenpolitischen Pläne in die Tat umzusetzen.

Jetzt aktuell

Die Torpedierung der Brüsseler EWG-Verhandlungen und alle französischen Schachzüge in Richtung Bonn, Madrid, Lissabon und Lateinamerika sind nur taktische Nebenoperationen, eingeordnet in einen langfristigen Plan. Das strategische Ziel de Gaulles hat sich nicht verändert: Die direkte Verständigung mit Moskau für eine europäische Gesamtregelung, unabhängig von den USA, Verwirklichung eines europäischen Grossraums.

Eingebettet in diese französisch-russische Verständigung soll Deutschland wiedervereinigt sowie neutralisiert werden und an der Oder-Neisse-Linie enden.

All' das ist nicht neu. Es handelt sich um grundsätzlich unveränderte Ideen und Thesen, die in öffentlichen Reden mit programmatischer Bestimmtheit immer wieder angedeutet, erklärt und illustriert wurden. Die Änderung der internationalen Lage bringt es heute mit sich, dass die langfristigen Pläne des Gaullismus mehr in die Nähe rücken.

Öffentliche Meinung Frankreichs für de Gaulle

De Gaulle kann sich dabei auf einen grossen Teil der französischen öffentlichen Meinung stützen, ein Detail, das man im Ausland allzooft vergisst. Ein Abrücken von der angelsächsischen Allianz findet in Frankreich nicht nur die Zustimmung der eigentlichen Gaullisten, sondern darüber hinaus der nationalistischen Rechten und einer breiten Linksoption, in welcher die kommunistische Partei nach wie vor die relativ stärkste und am besten organisierte politische Gruppe Frankreichs ist. Im Zusammenhang damit steht die offensichtliche gegenseitige Schonung der Gaullisten und Kommunisten seit Beginn der Fünften Republik. Die Räder der Innen- und Aussenpolitik greifen hier ineinander.

"Friedliche Koexistenz"

Die Annäherung zwischen Paris und Madrid widerspricht nicht unbedingt dem strategischen Hauptziel der gaullistischen Aussenpolitik. Die "friedliche Koexistenz" verschiedener Gesellschaftsordnungen ist eine These nicht nur Chruschtschows. Man vergesse nicht, dass es vor der Annäherung de Gaulles an Franco bereits eine weitgehende Verständigung zwischen Moskau und Madrid gab. Nach gaullistischer Auffassung kann und soll der europäische Kontinent unter französischer Initiative sich einigen und von den Angelsachsen ebenso abgrenzen wie von den Chinesen: Von Gibraltar bis zum Ural.

* * *

Man kann über diese Ideen den Kopf schütteln, aber man darf sie nicht ignorieren, wenn man mit dem gaullistischen Frankreich einen Sonderpart schließt.

+ + +

Explosivstoff

Leg - Das Bekanntwerden der Vor-, Haupt- und Nachgeschichte der "Begleitumstände" der von der Bundesregierung veranlassten Aktion gegen den "Spiegel" rechtfertigte das tiefe Erschrecken, das vor Monaten durch unser Volk ging und das vierte Kabinett Adenauer von der Bildfläche verschwinden ließ. Diese Regierung konnte den Sturm nicht überstehen, herrschte doch in ihr der Geist des Mißtrauens, der Zwietracht, der Eigenmächtigkeiten und der inneren Unwahrhaftigkeit. Die beherrschende Rolle in diesem trüben Spiel fiel dem früheren und darüber zum Sturz gekommenen Verteidigungsminister Franz Josef Strauss zu. Blindwütig, von Rachegefühlen geblendet, schlug er um sich, die Wahrheit und die Rechtmässigkeit mißachtend, und er fand kraft seiner mächtigen Stellung willige Helfer. Auch auf den Chef des fünften Kabinetts der Nachkriegszeit, der wiederum Adenauer heißt, fällt ein beklemmender Schatten, so vieles, was der Aufhellung bedurfte, bleibt im Dunkeln, Aussagen stehen hier gegen Aussagen; die Verantwortung des Bundeskanzlers wiegt schwerer als bisher angenommen werden konnte.

Die Geschichte des Berichtes selbst spricht Bände. Der Streit, wer zunächst federführend sein sollte, beanspruchte viele Energien und verursachte ein Hin und Her, in dem schließlich der neue Justizminister Dr. Bucher als der Unbefangendste die Oberhand bekam. Das Bemühen, Nichtzuvereinbares und Widersprüchliches in einer Guß zu formen, ein Bemühen, dem sich mit besonderem Eifer der Innenminister Höcherl hingab, mußte scheitern. Die Opposition und eine wachsame Öffentlichkeit hätten sich nicht damit abgefunden. Es ist dem Justizminister hoch anzurechnen, daß er sich zu solchem Tun nicht hergab, aber auch dem Außenminister, dessen Beitrag im Bericht das Streben nach Aufrichtigkeit kennzeichnet. Aus der Lektüre des Berichtes geht einwandfrei hervor, daß der Justizminister bewußt ausgeschaltet, das Außenministerium - in Sachen der Verhaftung des Spiegel-Medakteurs Ahlers - übergangen wurde und Strauss und seine Helfer sich Kompetenzen anmaßten, die ihm und ihnen nicht zustanden. Und die Beweggründe? Sie liegen in seinem unbezähmbaren Naturell, in der Herrschsucht seines Charakters. Es ging ihm um mehr als um die strafrechtliche Verfolgung eines möglichen Deliktes wegen Landesverrat.

Der Bericht trägt nicht die Unterschrift des neuen Bundesverteidigungsministers. Er wollte sich gewiss nicht mit einem Scherbenhaufen belasten, den ihm sein Vorgänger hinterließ. Das ehrt ihn. Aber wie hält er es mit seinem, in diese deprimierende Affäre tief verwickelten Staatssekretär Hopf? Kann dieser Mann noch an der Stelle sein, an der er wirkt?

Die Veröffentlichung der vier Bundesministerien enthält noch viel Sprengstoff. Ein Gutes hat der Bericht freilich aufzuweisen: Seine Lektüre läßt jedermann erkennen, wie weit das Vertrauen in eine Staatsführung erschüttert werden kann, wenn diese den Boden der Wahrhaftigkeit verläßt. Bleibt der Wille zu einer Besserung nur eine Hoffnung, oder wird er sich jetzt im überzeugenden Tun und im Respekt vor der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit niederschlagen?

Nach bewährtem Muster

Auch Flensburg wählte einen Sozialdemokraten zum Oberbürgermeister

kr. - Die Ratsversammlung der Stadt Flensburg hat den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten und Rechtsanwalt aus Oldenburg/Holstein Heinz A d l e r, mit 23 gegen 13 CDU-Stimmen zum neuen Oberbürgermeister der Stadt an der Grenze gewählt. Die Wahl kam auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen SPD und SSW zustande, nachdem der CDU-Oberbürgermeister Andresen aus Altersgründen ausscheiden muß. Von den vier schleswig-holsteinischen Großstädten haben nunmehr Kiel (Dr. Hans Müthling), Neumünster (Walter Lehmkuhl) sowie Flensburg einen SPD-Oberbürgermeister, während der von Lübeck (Max Wartemann), wo die SPD die stärkste Rathausfraktion stellt, parteilos ist.

Der dienstjüngste Oberbürgermeister einer deutschen Großstadt, Heinz Adler, wurde 1912 als Sohn des Breslauer Stadtkämmerers Ewald Adler geboren. Er studierte in Breslau und Heidelberg Staatswissenschaften, widmete sich aber nebenbei auch dem Studium der Kompositionslehre, der Bühnenregie und der Schauspielkunst. 1939 legte er die große juristische Staatsprüfung in Berlin ab, 1945 mußte er nach Schleswig-Holstein fliehen und schloß sich der Sozialdemokratischen Partei an. Seit 1946 ist er Landtagsabgeordneter und seit 1948 im Verwaltungsrat oder im Rundfunkrat des NDR.

Bei der Kommunalwahl im März letzten Jahres wurden die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein zur stärksten Fraktion der vier Großstädte Schleswig-Holsteins. Auf sie entfielen 83 Sitze in den Ratsversammlungen, während die CDU 71, die FDP elf und der SSW ebenfalls elf Mandate erhielten. Dabei verstand es die SPD, auch in den "Stadtregierungen" entsprechend der Stärke in den Ratsversammlungen Einfluß zu nehmen.

Von den 24 hauptamtlichen Magistrats- oder Senatsmitgliedern in Kiel, Lübeck, Flensburg und Neumünster besetzen die SPD zehn, die CDU vier und die FDP einen. Würde man übrigens die Landtagswahl vom September als Maßstab für die Stärke in den Rathäusern zugrunde legen, so würde sich die Mandatszahl der SPD auf 84 und die der CDU auf 79 erhöhen, aber der SSW auf zehn und die FDP auf drei Sitze zurückfallen.